



Neuer Volksantrag soll das Schulgesetz kippen

Verein "Zukunft braucht Schule" will Kahlschlag durch Schließungen verhindern
- Minister räumt Fehler bei der Schulnetzplanung ein

Von Gabi Thieme

Chemnitz. In Sachsen gibt es einen neuerlichen Vorstoß, das Schulgesetz mit demokratischen Mitteln zu ändern. Der Verein "Zukunft braucht Schule" plant, einen neuen Volksantrag zu starten. Das wurde auf dem 21. Schulinitiativtreffen am Samstag beschlossen. Man habe bereits Sondierungsgespräche mit Parteien, Gewerkschaften, Organisationen, Verbänden und vielen Unterstützern geführt, um die Chancen dafür auszuloten, hieß es.

Ziel der außerparlamentarischen Gesetzesinitiative sei es, wohnortnahe Schulen zu erhalten bzw. bereits erfolgte Schulschließungen zu hinterfragen. Angesichts des Kahlschlags an Sachsens Schulstandorten wolle man auf diesem Weg den Interessen von Schülern, Eltern und Lehrern eine machtvolle Stimme verleihen, sagte der Sprecher des Vereins, Roman Kempfer. Die Schulschließungen hätten vor allem im ländlichen Raum zu kaum noch zumutbaren Schulwegen für die Kinder geführt. "Unter dem Deckmantel, dass kleinere Schulen angeblich nicht mehr finanzierbar sind, degradiert die Staatsregierung Sachsens Schüler zur Verfügungsmasse des Landeshaushalts", kritisiert der Verein, der den Volksantrag deshalb "Kurze Wege für kurze Beine" nennt. Wohnortnahe und kleine Schulen seien vielmehr eine Chance für hochwertige Bildung und müssten nicht zwangsläufig zu einer Kostenexplosion führen, was die Schulen in freier Trägerschaft täglich bewiesen.

Die Linksfraktion.PDS und die FDP-Fraktion im Landtag unterstützen den Vorstoß vor allem auch vor dem Hintergrund, dass in den vergangenen Wochen erstmals Gerichte Schulschließungen wieder aufgehoben haben, in einem Fall wegen unzumutbarer Schulwege.

2001 war schon einmal ein solcher Volksantrag zur Änderung des Schulgesetzes vom gleichen Verein gestartet, 2002 aber vom Landtag abgeschmettert worden. Das sächsische Verfassungsgericht ließ ihn schließlich doch als verfassungskonform zu. Daraufhin wurde 2002 ein Volksbegehren in die Wege geleitet. Es scheiterte, weil von den erforderlichen 450.000. Unterschriften nur 330.000 zusammen kamen.

Er nehme die Absichten des Vereins mit Gelassenheit zur Kenntnis, lautete gestern die erste Reaktion von Kultusminister Steffen Flath. Es sei nichts Neues, sich mit dem Thema Schule profilieren zu wollen, meinte er. Zur Lösung des Problems hätten diese Initiativen aber nichts beigetragen. "Das Problem heißt: Wir haben zu wenig Kinder", sagte der CDU-Politiker. Das

Schulnetz in Sachsen sei behutsam gestrafft worden. Allerdings sei dies nicht überall gelungen, räumte er ein. Weiterem Anpassungsbedarf solle 2006 entsprochen werden. (mit hk)

#

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Montag, den 21. November 2005
Seite	2

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)